Erscheint wöchentlich drei Mal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Vormittags. Vierteljährlicher Pränumerations-Preis für Einheimische 16 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 18 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis Montag, Mittwoch und Freitag Nachmittag 5 Uhr in der Rathsbuchdruckerei angenommen und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 19. Donnerstag, den 12. Februar. 1863.

Thorner Geschichts-Kalender.

12. Februar 1626. Heinrich Stroband der Jüngere stirbt.
„ „ 1756. Kabinetsschreiben König Friedrichs II. an den hiesigen Rath, welches die erbetene Unterstützung zum Bau der altstädtischen Kirche nicht bewilligt.

Einige Bemerkungen zur Brückenfrage.

Durch einen längeren Artikel in No. 7 d. Bl. ist eine ernstliche Besprechung dieser Frage angeregt worden. Meine Absicht ist nun, anknüpfend an jenen Artikel, in Nachstehendem auf einige wichtige Punkte besonders aufmerksam zu machen. —

1) Die Durchsicht der betreffenden Akten vieler Jahre und meine eigne Erfahrung der letzten 6 Jahre belehren mich, daß seit Jahrzehnten die Brücken-Verwaltung, resp. die Brückenkasse seitens des Magistrats stiefmütterlich behandelt ist, in Folge dessen auch gerade bei dieser Kasse und in dieser Verwaltung die Hauptdefekte vorkommen konnten. Die specielle Brücken-Verwaltung führt seit ca. 20 Jahren die Bau-Deputation unter Vorsitz des städt. Bauraths und halte ich diese Anordnung für den größten Fehler, der viel zum Verlust der Brücke beigetragen hat und sofort, wie ich dies an maßgebender Stelle wiederholt hervorgehoben habe, geändert werden muß. Die Bau-Deputation ist zu einer so wichtigen Verwaltung ganz ungeeignet, weil sie einerseits zu zahlreich (15 Mitglieder), andrerseits mit so viel andern Arbeiten (Anweisung sämmtlicher Rechnungen, Beaufsichtigung aller städt. Bauten, Chausseee-Verwaltung, 2c. 2c.) überbürdet ist, daß für die Brücken-Verwaltung nur wenig Zeit bleibt. Sodann darf der finanzielle Theil, die Einnahmen der Brücke, nicht von der Brücken-Verwaltung getrennt werden. Es ist daher dringend nothwendig, daß eine besondere Brücken-Deputation von etwa 7 Mitgliedern erwählt werde, welcher die ganze Brücken- und Trajekt-Verwaltung unter Aufsicht des Magistrats zu übertragen ist. Jahrhunderte hindurch bestand eine solche Brücken-Deputation aus 2 Magistratsmitgliedern, 3 Kaufleuten und 3 Handwerkern (von den Zünften erwählt.) Bestände heut eine solche Brücken-Deputation, es wäre absolut undenkbar, daß die fliegende Fähre nicht schon seit mehreren Tagen im Gange wäre, zum Segen des ganzen Verkehrs und der Brückenkasse.

2) In No. 7 d. Bl. wird behauptet, daß die von der Eröffnung der Bromberg-Thorn-Warschauer Eisenbahn gehegten „übertriebenen“ Erwartungen von der Hebung des hiesigen Handels herabgestimmt seien. Ja, warum hat der Verfasser übertriebene Erwartungen gehegt? Ich erkläre offen meine hohen Erwartungen sind unendlich übertroffen: Der Grundbesitz der Stadt Thorn nebst den zu ihrem Communalverbande gehörigen Vorstädten, allein ist offenbar durch jene Eisenbahn seit drei Jahren um etwa eine Million Thaler im Werthe gestiegen; — ja, innerhalb der Ringmauern der Stadt sind die 800 Grundstücke um durchschnittlich je 1000 Thlr. mehr werth. Wäre eine solche Steigerung des Grund und Bodens denkbar ohne eine gleiche Steigerung des Verkehrs, nur veranlaßt durch den Zuzug von 40 Offizier,- Beamten- und Rentier-Familien, wie in No. 9 d. Bl. behauptet wird? Nimmermehr!

3) In No. 7 will der Einsender nicht eingesehen können, wie durch das Bestehen einer Brücke hiesige Gewerbetreibende als Schneider und Schuhmacher, Bäcker und Fleischer u. s. w. in ihrem Wohlstande erheblich steigen können. Hätte sich nicht dasselbe gegen den Bau der städt. Chausseeen, der Gasanstalt, des Gymnasialgebäudes, der Trottoire 2c. 2c. sagen lassen? Kann man es nicht mit größerem Recht gegen die Errichtung des Museums, gegen den Ausbau der Rathhauspfeiler, des erhöhten Zuschusses zur Rathhausbibliothek sagen? — Aber die Behauptung ist nicht zutreffend. Ein Theil der Kunden wohnt jenseits! Schuhmacher und Korbmacher, Tabuletkrämer, Pfefferküchler u. A. besuchen jenseitige Jahrmärkte. Die Fleischer kaufen jenseits viel Schlachtvieh ein, Bäcker beziehen ihr Mehl von dort, Böttcher haben Bandstöcke zu verladen, Klempner, Schlosser und andere Bauhandwerker übernehmen Arbeiten drüben, von Bromberg bis Strzelno, nach Otloczyn und nach Polen. Werden unsre Wochenmärkte nicht auch von drüben befahren, steigen die Preise der Consumtibilien nicht bei gestörtem Trajekt? Ist hierbei nicht ein Jeder interessirt, wie an billigem Preise aller nach und vom Bahnhof die Weichsel passirenden Güter? Erhalten aber nur Kaufleute Güter? Ist das Interesse der Bahnreisenden uns gleichgültig? Ist es uns gleichgültig, wenn jeder Centner Gut mehrere Pfennige, und jede Reise mehrere Silbergroschen billiger zu trajektiren ist? Ist die Gesundheit unsrer Angehörigen bei schlechter Jahreszeit nicht leicht gefährdet bei langwierigem Trajekt?

4) In No. 7 ist Manches mit scharfem Verstande, wenn auch von einseitigem Standpunkte gegen den Bau einer Brücke gesagt worden. Der Hauptpunkt aber ist unberührt gelassen, wegen dessen ich immer auf eine Beihilfe Seitens des Staats gedrungen habe: Die Möglichkeit, daß das Eis uns im ersten Frühjahre die Brücke wieder fortnimmt. Ich glaube, daß wir eine Brücke aus Kommunalmitteln bauen können, die zweite vielleicht aber nicht. Will der Staat die unsrer Deputation versprochene Beihilfe an zu drückende Bedingungen knüpfen, nun, dann nehmen wir dieselbe nicht an und wir haben das Bewußtsein, unsre Schuldigkeit gethan zu haben und bauen eine gute, billige Pfahlbrücke aus Communalmitteln.

Ich habe Grund anzunehmen, daß die Brücke eine jährliche Ueberfährpacht von 12 bis 15,000 Thlr. einbringen und diese Summe bei guter Verwaltung und einigem Glücke zur dauernden Unterhaltung der Brücke genügen dürfte. Natürlich dürfen Defekte bei der Kasse und bei den Holzbeständen nicht wieder vorkommen.

5) In No. 7 wird angenommen und gebe ich die Möglichkeit zu, daß die Unterhaltung der Brücke einen jährlichen Zuschuß von 6000 Thlr. erfordern dürfte, das wäre 3/4 der Communalsteuer! Ich bemerke hiegegen, daß durch eine mehrjährige sparsame Verwaltung und strenges Innehalten des Etats auf allen Gebieten die ca. 13,000 Thlr. jährliche Einnahme aus der Mahl- und Schlachtsteuer ganz disponibel sind. Ich bemerke, daß die Stadt nicht zu Grunde ging, während der vielen Jahre, in denen sie ca. 2000 Thlr. jährlich aufzubringen hatte, nur um die Polizei-Verwaltung im früheren städtischen Gebiet auszuüben, die mehreren Magistratsmitgliedern vielleicht etwas Ehre, gewiß viel Arbeit einbrachte und für die Commune ohne jeden Nutzen war.

6) In No. 7 d. Bl. ist theoretisch richtig auseinandergesetzt, daß und weshalb ein Theil des entfernteren Kujawiens von Thorn abgezogen sei. Halten wir uns doch an die praktische Seite. Es ließen sich leicht genügende Garantieen für eine jährliche Brückeneinnahme von 12 bis 15 Tausend Thalern stellen. Nun mögen die Personen und Gespanne, welche diese hohe Summe zahlen, zur Heimath haben, welchen Ort der Erde sie wollen, es ist mir vom Standpunkte der Brückenkasse gleichgültig, wenn sie nur zahlen. Denn ich nehme doch wohl mit Recht an, daß Jeder wissen wird, aus welchem Grunde er über die Weichsel fährt und das Brückengeld zahlt.

7) Da das außerordentlich frühzeitige Frühjahr schon jetzt den Beginn des Baues gestattet, müssen die Vertreter der Stadt schleunigst Beschluß fassen, wo die Brücke gebaut werden soll und demnächst sofortiger Beginn des Baues der Landpfeiler unter Leitung einer besondern neu zu wählenden Brückendeputation, der sofort die ganze Trajekt-Verwaltung und der Bau der Brücke zu übertragen ist. Den Vorsitz dieser wichtigsten Deputation wird sicherlich der Patriotismus des Herrn Magistratsdirigenten sich persönlich vorbehalten. Man versäume keinen Tag, um die Sache zu fördern.

Gustav Prowe.

Landtag.

6. Sitzung des Herrenhauses am 9. Februar.

Graf Stolberg berichtete über den Empfang der Adreßdeputation, welche gestern gegen 1 Uhr Mittags in Abwesenheit des Ministerpräsidenten im königl. Palais stattfand. Die Antwort Sr. Majestät des Königs lautete: „Es muß Meinem Herzen wohlthun, in der loyalen Adresse des Herrenhauses, welche Sie Mir verlesen haben, die volle Uebereinstimmung mit Meinen Gesinnungen zu finden. Ich erkenne mit Ihnen in der Rechtssicherheit und dem gleichen Rechtsschutze für Alle die Grundlage des Staates und aller öffentlichen Verhältnisse, und werde die Wahrung des Rechts, unbeschadet seiner nach den Bedürfnissen des Staates fortschreitenden Entwickelung, stets als Meine erste und heiligste Pflicht betrachten. Wenn an dieser Grundlage in dem Widerstreit der Ansichten, welcher zwischen den Faktoren der Gesetzgebung hervorgetreten ist, allseitig festgehalten wird, so darf ich erwarten, daß die Krisis, auf welche der Schluß Ihrer Adresse hinweist, ihre Lösung zum Wohle des Vaterlandes finden und gleichzeitig das Verständniß der Wege fördern wird, auf welchen unser Verfassungsleben in regelmäßiger und gedeihlicher Entwickelung fortschreiten kann. Es wird dies Ziel von Meiner Regierung erstrebt werden, indem sie mit Festigkeit auf dem von ihr vertretenen Standpunkte beharrt, aber jeder versöhnlichen Annäherung, welche die Machtstellung Preußens im Auge behält, zugänglich bleibt. Ich danke dem Herrenhause für die Unterstützung, welche dasselbe Meiner Regierung zugesichert hat, und für die Hingebung und das Vertrauen, von welchen das Haus in der Adresse Mir hat Zeugniß geben wollen.“ Man soll im Herrenhause von der königlichen Antwort eine bestimmtere Sprache erwartet haben, und durch die an verschiedenen Stellen etwas reservirte Fassung einigermaßen enttäuscht worden sein.

10. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 9. Februar c.

Von den Ministern ist Niemand anwesend. Die Tagesordnung bringt den Bericht der Kommission, betreffend die

Diäten- und Stellvertretungskosten-Vorlage. Abg. Parisius (Westhavelland) beantragt mehrere Amendements (unter anderen die Erhöhung der Diäten von 3 auf 4 Thlr., ferner für den Präsidenten an Repräsentationskosten 500 Thlr. monatlich auszusetzen, § 3 zu streichen, und einen die Portofreiheit betreffenden § 5 einzuschieben) und fügt den Amendements deu allgemeinen Antrag hinzu, die Vorlage mit seinen Amendements an die Kommission zurückzuweisen. Reichensperger-Geldern beantragt in einem Amendement zu § 3, die gesammten für die im Hause befindlichen Beamten nöthigen Stellvertretungskosten auf die darin befindlichen Beamten nach den Gehaltssätzen derselben zu vertheilen. Die Konservativen unterstützen dieses Amendement. Der Berichterstatter (Aßmann) erwähnt noch zweier zahlreich unterzeichneten Petitionen aus Bonn, die auf Verwerfung des Entwurfs gerichtet sind. In der Generaldebatte ergreift zunächst von Roenne-Solingen das Wort. Der Gesetzentwurf habe den Zweck ein gefügiges Abgeordnetenhaus zu schaffen. Es handle sich nicht um das Interesse der Beamten, sondern um das Interesse des Volks. Die Frage der Stellvertretungskosten sei durch die Verfassung entschieden, da diese nicht einmal den Urlaub für nothwendig erkläre. Die Annahme des Gesetzentwurfs bedinge also eine Abänderung der Verfassung. Die Annahme des Entwurfs würde der Regierung überall Vorwände geben, um den besten Vertretern des Volkes die Mitgliedschaft zu verleiden. Eine Maßregel en masse werde die Folge sein. Im Uebrigen sei die Vorlage nicht reif. Nicht einmal die Höhe der bisher aus der Staatskasse gezahlten Stellvertretungskosten sei festgestellt, es sei nicht ermittelt, wie es in andern Ländern, wie es bei den Provinziallandtagen gehalten werde. Er schließe sich daher dem Schlußantrage des Abg. Parisius, die Zurückverweisung in die Kommission betreffend, an. Reichensperger (Geldern) hält deu Gesetzentwurf für unannehmbar und inopportun, will aber die Frage geregelt wissen. Parisius (Westhavelland): Vom konstitutionellen Gesichtspunkte aus könne eine solche Vorlage nur von einem in Harmonie mit dem Hause befindlichen Ministerium eingebracht werden. Hätte die Kommission einfache Verwerfung beantragt, so würde er keine Amendements gestellt haben; den eventuellen Anträgen gegenüber, habe er seine Amendements gestellt, die indeß noch vor die Kommission kommen müßten. Es kommt darauf an, die Prüderie abzulegen und offen hinzustellen, daß man dem Hause der Abgeordneten durch die gesetzliche Ordnung der Verhältnisse der Mitglieder die Achtung erweisen müsse, die ihm gebühre, denn die Mißachtung, die man dem Hause erweise, erweise man dem Volke. — Während der Rede ist ein Schreiben des Justizministers eingegangen, worin er dem Präsidenten anzeigt, daß er den Geh. Rath Meyer beauftragt habe, ihn in der Sitzung zu assistiren und nöthigenfalls zu vertreten. Der Finanzminister hatte in Betreff seines Kommissarius angezeigt, daß derselbe als Kommissarins im Hause anwesend sein werde. Nach Vorlesung des Schreibens des Justizministers ergreift der Abgeordnete v. Vincke zur Geschäftsordnung das Wort: der letzte Redner habe angeführt, daß in der Würde dieses Hauses die Würde des Volkes gewahrt werde. Es sei daher Zeit, darauf aufmerksam zu machen, daß bei Berathung dieser Vorlage, welche von allen Mitgliedern des Staatsministeriums unterzeichnet sei, und welche die wichtigsten Verhältnisse dieses Hauses betreffe, keiner der Minister anwesend sei. Nachdem Redner noch die Form der Anzeige der beiden Minister sarkastisch kritisirt, begründet er den Antrag: das Haus wolle beschließen, die heutige Verhandlung auszusetzen und zuvörderst auf Grund des Art. 60 der Verfassung die Gegenwart der Minister zu verlangen. Bei der Unterstützungsfrage erhebt sich das ganze Haus mit Ausnahme der 10 Konservativen für diesen Antrag; derselbe wird ohne Discussion ebenfalls fast einstimmig angenommen nnd die Sitzung geschlossen, nachdem der Präsident mitgetheilt, daß er dem Staatsministerium von dem heutigen Beschluß Anzeige machen und die nächste Sitzung auf morgen 10 Uhr Vormittags anberaumen werde. Nachdem die Sitzung geschlossen — trat der Justizminister ein, entfernte sich jedoch sofort wieder.

Politische Rundschau.

Zur Bewegung in Polen. Krakau, den 4. Februar. Etwa 60 Mann sind heute von hier zu den Insurgenten abgegangen. — Heute wurde durch die Polizei-Direction eine alte Verordnung mittelst Anschlags an den Straßenecken in Erinnerung gebracht, wonach die Theilnehmer an dem polnischen Aufstande mit Gefängnißstrafe von 5 Jahren und darüber bedroht werden. Diese Bekanntmachung ist indeß nicht vom Polizei-Director unterzeichnet. — Vor einigen Tagen wurden unweit von hier 8 Kisten Gewehre — von Wien kommend — über die Grenze nach Russisch-Polen geschafft. 2000 Piken sind hier bestellt. — Aus Lemberg wird gemeldet, daß die Schleichhändler die gegenwärtig unbewachten Grenzen mit großen Waarenquantitäten passiren. — Nach der „Wiener Presse" lauten die auf der Staatskanzlei in Wien einlaufenden Nachrichten aus Polen dahin, daß die vollständigste und allgemeinste Auflösung sich dort vollzieht. Die russische Armee werde immer schwieriger und unzuverlässiger. An der galizischen Grenze gebe es weder Truppen noch Behörden. Eine Deputation soll dem Großfürsten Constantin die Krone Polens angeboten, derselbe sie aber abgelehnt haben. Bis zum 3. Februar sollen 896 Insurgenten theils getödtet, theils verwundet, theils gefangen sein. — Myslowitz, den 8. Die Insurgenten besitzen alle Punkte zwischen Czenstochan und der Preußengrenze. Die Eisenbahnverbindung zwischen Breslau und Warschau ist hergestellt. — Die Morgenausgabe der „Schlesischen Zeitung" hat zuverlässige Nachrichten erhalten, daß die Vorgänge in Polen einen sehr ernsten Charakter annehmen. Ein Bataillon Infanterie ist heute mittelst Extrazuges von Oppeln nach der Grenze befördert worden und andere Truppen werden im Laufe des Tages folgen; die Züge sind schon angesagt. Aus Myslowitz erfährt sie telegraphisch v. 7. d., daß ganz in der Nähe 3000 Insurgenten die Warschau-Wiener Bahn vollständig in ihrer Gewalt haben, und daß die Zahl der mit ihrem schwer verwundeten Capitain übergetretenen und in Myslowitz untergebrachten Kosaken 60 beträgt. — Ein Telegramm der „Breslauer Zeitung" aus Myslowitz vom 7. d., Abends 10 Uhr, sagt: Fliehende Russen in großen Haufen, bis jetzt über 500, kommen an und werden entwaffnet; das benachbarte Gouvernement ist ganz von russischem Militair gesäubert; die Insurgenten sind stark an Cavallerie.

Deutschland. Berlin, den 9. Februar. Die Antwort Sr. Maj. des Königs auf die Adresse des Abgeordnetenhauses wird zunächst weitere Schritte des letzteren nicht zur Folge haben. Se. Majestät hat dem Abgeordnetenhause in einem von keinem Minister gegengezeichneten Erlaß seine persönliche Meinung ausgesprochen und erscheint es hiernach weder zulässig noch zweckmäßig, auf dieselbe noch einmal, sei es in einer zweiten Adresse, sei es in einer Discussion im Hause weitläufiger einzugehen. Die Abgeordneten haben nach reiflicher und gewissenhaftester Ueberlegung in der Adresse an Se. Majestät ausgesprochen, was das Land denkt und wovon es bewegt wird, sie haben den Weg gezeigt, auf welchem allein der traurige Conflict zu beseitigen und dem Lande Frieden und Vertrauen wiederzugeben ist. Sie haben damit ihrer unerläßlichen Pflicht genügt — ein Weiteres steht nicht in ihrer Macht. Auch in Zukunft werden sowohl sie, wie das Land dieser Pflicht eingedenk bleiben. — Die deutsche Fortschrittspartei hat, wie gemeldet, beschlossen, eine Commission zur Entwerfung eines Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes, welches baldigst im Hause eingebracht werden soll, einzusetzen; die Commission besteht aus den Abgeordneten: Eberty, Immermann, v. Kirchmann, Kloß, Mellien, Schulze-Delitzsch und Waldeck. Die Budgetcommission des Hauses der Abgeordneten hat den Justizetat nunmehr durchberathen. Die Beschlüsse aus vorigem Jahre sind dabei wiederholt; unter anderem sind die 3000 Thlr. für den sogenannten Gratificationsfonds, dessen Verwendung dem Justizminister persönlich zusteht, abermals gestrichen. Es ist dabei ausdrücklich das Bedauern ausgesprochen worden, daß man unter der jetzigen Verwaltung sich genöthigt sehe, eine Erhöhung dieses so nothwendigen und doch so kärglichen Fonds abzulehnen. Die endliche Erledigung der bekannten Kirchmann'schen Angelegenheit ist abermals dringend befürwortet. Das Extraordinarium des Justizetats hat die Commission beschlossen, noch nicht zu berathen, da sich vor Erledigung des Staatshaushaltsetats für 1862 nicht übersehen läßt, welche Raten in dem gegenwärtigen Jahre für Neubauten u. dgl. bewilligt werden können. Dieser Beschluß ist für die ganze Budgetfrage von Wichtigkeit, da er wohl als ein Präcedens für alle anderen Etats angesehen werden darf. Heute hat die Commission die Etats der indirecten und directen Steuern nnd der Verwaltung für Handel und Gewerbe berathen. Bei den directen Steuern ist abermals die Einsetzung von Commissionen aus den Provinzial-Landtagen zum Schutz gegen zu hohe Steueransätze befürwortet. — Zwischen der preußischen und russischen Regierung schweben Verhandlungen über gemeinsame militärische Maßnahmen für den Fall, daß der Aufstand in Polen, größere Ausdehnungen gewinne. Die französische Regierung hat zu erkennen gegeben, daß sie voraussetze, Preußen werde, dem Prinzipe der Nichtintervention getreu, nur dann die Offensive ergreifen, wenn der Aufstand preußisches Gebiet erfasse; und daß sie wünsche, es möge den Russen der Durchzug durch Preußen nicht gestattet werden. — Den 10. Daß die Ernennung des Generals der Infanterie v. Werder zum Ober-Befehlshaber von vier Armeekorps, also zu derselben Stellung, welche 1830 der Feldmarschall Graf von Gneisenau inne hatte, mit dem Aufstande in Polen und nicht mit der Theilung des Heeres in ein Ost- und ein Westkorps zusammenhängt, hat der Kriegsminister in einem Erlasse vom 3. d. M. ausgesprochen, jedoch dabei bemerkt, daß durch die „in Betracht der gegenwärtigen Verhältnisse im Königreiche Polen" eingetretene Uebertragung des Oberbefehls in dem bisherigen Verhältnisse der General-Kommando's der übrigen Armeekorps, so wie der General-Inspektionen u. s. w. zu den General-Kommandos des 1., 2., 5. und 6. Armeekorps keine Aenderung eintritt. — Den 11. Wie die „Kreuzztg." hört, werden, weil der Aufstand in Polen an Ausdehnung zugenommen hat, das erste und das sechste Armeekorps, so wie eine Division des zweiten Korps zusammengezogen werden, um für alle Eventualitäten in Bereitschaft zu sein.

Griechenland. Athen, den 8. Februar. Die Nationalversammlung hat beschlossen, daß die Gewalten mit dem Rechte, die Minister zu ernennen, der provisorischen Regierung verbleiben sollen.

Türkei. Ein neuer Brand ist im Anzuge. Nach sicheren Meldungen von der Grenze erwartet man in den südlichen türkischen Provinzen slavischer Nationalität, Bosnien, Bulgarien &c. von einem Tage zum andern den lange vorbereiteten Aufstand zum Ausbruch kommen zu sehen. Fürst Kallimaki, der Botschafter der Pforte, klagt Rußland laut und öffentlich an, daß seine Agenten es gewesen, die die Bewegung geschaffen oder geschürt.

Provinzielles.

Graudenz, den 9. Febr. Den Abgang eines Theils der hier garnisonirenden Truppen nach Strasburg und Briesen war schon geeignet die Aufmerksamkeit auf die gegenwärtig im Nachbarlande Polen herrschenden Unruhen in erhöhtem Maß hinzulenken, seit gestern hat dieses Interesse neuen Zündstoff erhalten. Am Vormittage nämlich durchlief das Gerücht die Stadt: ein Waffentransport sei in der Nähe des Vergnügungsorts Rehkrug angehalten worden, die Waffen in Revolvern und Dolchen bestehend, seien in einem Fortepianokasten versteckt gewesen, der Führer dieses Transports, ein Pole sei sofort verhaftet und nebst den Waffen dem Gerichte übergeben, das Fuhrwerk gehöre einem Pächter aus der Nähe der Stadt Rehden und weitere Ermittelungen ständen nahe bevor. Die Richtigkeit dieser Angabe wurde demnächst auch zum größten Theile bestätigt. Seitens des Polizeipräsidiums zu Danzig war die Meldung hergelangt, daß in Danzig eine Quantität Waffen und Pulver zum Transport über Graudenz in einem Fortepianokasten verpackt zur Eisenbahn gegeben worden, auch hatte sich, um diesen Transport zu inhibiren, ein besonders autorisirter Polizeikommissar eingefunden, Gensdarmen hatten die Weisung bei Rehkrug aufzupassen und nahmen dort einen Wagen, worauf ein Instrumentenkasten ungewöhnlich schwer wiegend befindlich war, zum Rücktransport nach der Stadt nebst dessen Begleiter in Gewahrsam. Das leere Fuhrwerk verließ sodann etwa um 3 Uhr die Stadt, der Herr des Wagens und der Kasten waren im Gerichtsgefängniß zurückgeblieben. Alsbald begab sich auch eine Kommission des Gerichts in der Richtung nach Rehden auf die Reise. Wie man hört, hat das Gerücht nur insofern ins Grelle gemalt, als im Kasten lediglich alte, freilich schutzfähige Gewehre verschiedner Sorten, also Infanteriegewehre, Vogel- und Jagdflinten ohne besonderen Werth in Zahl von etwa 50, außerdem einige offenbar von einem Trödler angekauften Säbel, Degen und Sarasse, also keine Revolver und keine Dolche aufgefunden worden sind. Darüber hinaus war aber auch eine Kiste mit Pulver vorhanden, deren Weitertransport nach der Festung angeordnet und bewirkt wurde. (Gr. Ges.)

Eydtkuhnen, 3. Februar. Seit drei Tagen geht nur ein Personenzug zwischen hier und Kowno und zwar am Tage, die Güterzüge sind ganz eingestellt. Reisende, welche von drüben kommen, haben wohl die Linie der Bahn stark mit Militair besetzt gesehen, sind aber von den Insurgentenhaufen (den berittenen Krakusen) nichts gewahr geworden. Das Gerücht und seine Organe haben daher die Insurgenten auch bereits in die südlicher gelegenen Wälder versetzt.

Lokales.

Personalia. Aus Riesenburg wird der „Danz.-Ztg." mitgetheilt, daß Herr Bogumil Goltz daselbst bei seiner Durchreise einen humoristichen Vortrag hielt, dessen Ertrag von ca. 50 Thlr. er für die Armen unserer Stadt bestimmte.

— **Eine Haussuchung,** und zwar eine ganz eigenthümliche, sollte, wie uns ein Augenzeuge berichtet, um 1 Uhr in der Nacht vom Dienstag zu Mittwoch (vom 10. d. zum 11. d.) beim Rittergutsbesitzer v. S. auf Piontkowo im Straßburger Kreise ausgeführt werden. Zur angegebenen Zeit erschienen dort 1 Gensdarm, 1 Unteroffizier und 25 Mann Soldaten, welche jetzt Briesen, also im Kulmer Kreise, stationirt sind und kündigten dem Besitzer an, sie würden eine Haussuchung vornehmen. Letzterer fragte nach dem schriftlichen Mandat, welches sie, die Führer des Kommandos, vom Königl. Landrathsamte, oder von der Königl. Staatsanwaltschaft haben müßten. Ein solches konnte weder der Gensdarm noch der Unteroffizier vorweisen und beide geben vor, auf Befehl des Königl. zur Zeit in Briesen stationirten Hauptmanns zu handeln. Auf diese Antwort erwiderte ihnen der Besitzer,

daß sie, die Führer, mit dem Kommando, sofort sein Gehöft zu verlassen hätten, widrigenfalls er Gewalt der Gewalt entgegensetzen würde. Das Kommando zog darauf ab. Wäre uns dieser bedauerliche Vorfall nicht, wie gesagt, von einer durchaus glaubwürdigen Person mitgetheilt worden, wir müßten ihn für eine zum Zweck der Aufregung ausgesprengte Erfindung halten, da der Strasburger Kreis sich, soweit uns bekannt, nicht im Belag.rungszustande befindet und daher die Civilgewalten daselbst noch in Funktion sind.

— **Ein Drohbrief** ist gutem Vernehmen nach der höchsten militärischen Autorität am hiesigen Platze per Stadtpost am v. Montag Abend zugeschickt worden, mit der Aufforderung im Namen der heiligen Dreieinigkeit, daß der beregte Beamte die Verordnung, nach welcher die Grenze bei Pr. Leibitsch und Ottloczyn, um heimliche Waffen-Transporte nach Polen zu verhindern, militärisch bewacht wird, zurücknähme, widrigenfalls ihm der Tod durch Erschießen bevorstände. Selbstverständlich hat diese Aeußerung eines kranken Gehirns keine Beachtung gefunden, allein sie ist und bleibt ein unerfreuliches Zeichen einer bedauernswertsen Stimmung, die zu keinem guten Ziel führen kann.

— **Die Handelskammer** hat von der gleichen Behörde zu Posen die Mittheilung erhalten, daß das Bestreben dieser Behörde, die preußischen Handelskammern zu gemeinsamer Thätigkeit behufs Herbeiführung eines mit Rußland abzuschließenden Handelsvertrages heranzuziehen, den Vorsitzenden des bleibenden Ausschusses des deutschen Handelstages, von Beckerrath, veranlaßt hat, den Wunsch auszusprechen, daß der Mittelpunkt dieser Thätigkeit in eben jenen bleiben dem Ausschuß verlegt werde. Die Posener Handelskammer ist hierauf eingegangen und hat sich nur als vorbereitende Thätigkeit die Sammlung und Sichtung derjenigen Materialien reservirt, um deren Einsendung sie die Handelskammer und Korporationsvorstände ersucht hat. Die Mitglieder des bleibenden Ausschusses haben sich hiermit einverstanden und der bleibende Ausschuß somit bereit erklärt, die Leitung der angeregten Bestrebungen zur Herbeiführung eines den Zolltarif und die Zollabfertigung reformirenden Staatsvertrages mit Rußland zu übernehmen.

— **Theater**. Om Dienstag (d. 10.) und Mittwoch (d. 11.) gab Frl. Ottilie Genée bei vollständig besetztem Hause zwei Vorstellungen. Die Künstlerin spielte nur allein, aber sie fesselte die Aufmerksamkeit der Zuhörer von Anfang bis zum Schlusse jeder Vorstellung im höchsten Grade. Es ist das ein bedeutender Erfolg. Die aufgeführten acht einaktigen Sola-Piecen, so geistreich sie auch erfunden und komponirt, so gut sie auch mit Humor und Witz ausgestattet sind, haben doch nur den Werth von dramatischen Bagatellen, die eben nur durch die Kunst der Frln. G. erst Interesse erweckten. Die Figuren, welche uns die Künstlerin vorführte, gehören trotz ihrer Verschiedenheit durchweg der gewöhnlichen Wirklichkeit an, aber der Humor und die große mimische Virtuosität der Darstellerin erhebt sie zu poetischen Gebilden, deren meisterhaft geniale und saubere Ausführung bis auf die kleinsten Details hin de:ı Kenner mimischer Leistungen, wie den Laien in diesen Dingen gleichfalls sehr anspricht und ansprechen muß. Das Kostüm, die Maske, die Gesten und der Ton, mit welchen jede Figur ausgestattet war, legten ein vollgültiges und lebendiges Zeugniß ab für die denkende und durchbildete Künstlerin, welche, wie schon gesagt, den Kunstkenner, wie den Zuschauer, welcher im Theater sich nur unterhalten will, für sich einnimmt und zu lebhaften Beifall erregt. Dieser ist ihr auch an beiden Abenden im reichsten Maße zu theil geworden und erhielt dieselbe auch am letzten Abend durch eine Blumenspende Ausdruck. Indem wir unserem Gaste mit dem besten Danke für seinen Besuch ein herzliches Lebewohl zurufen, können wir nicht umhin den Wunsch zu wiederholen, welcher von vielen Seiten mündlich gegen demselben ausgesprochen worden ist, daß sie nemlich recht bald unseren Ort wieder besuchen und die Theaterfreunde, zumal wenn eine Theatergesellschaft anwesend ist, durch seine Leistungen erfreuen möchte.

— **Handwerkerverein**. Am Donnerstag. d. 12. Vortrag.

— **Nationalverein**. Die Mitglieder können ihre Beiträge pro 1863 gegen Empfang der neuen Mitgliedskarten an den Vereinsagenten G, Prowe zahlen.

— **Thorner Credit-Verein**. Die ausgetheilten Aktien zeichnen sich durch sauber und schöne lithographirte Arbeit aus. Sie sind in der Anstalt des Herrn E. Lambeck angefertigt.

Briefkasten.

Ist es richtig, daß die Buchtnachen zur fliegenden Fähre im Januar für 30 Thlr. hätten reparirt werden können, während die Kommune jetzt 100 Thlr. dafür zahlen muß?

Inserate.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung von heute ist in das hier geführte Firmen-Register eingetragen, daß der Kaufmann und Stiefelfabrikant **Hermann Leopold Drabandt** in Thorn, daselbst ein Handelsgeschäft unter der Firma **H. L. Drabandt** betreibt.

Thorn, den 7. Februar 1863.

Königliches Kreis-Gericht.
1. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Am 24. Februar cr.,
Vormittags 10 Uhr
soll **ein Pferd** auf dem hiesigen Rathhaushofe öffentlich meistbietend verkauft werden.

Thorn, den 29. Januar 1863.

Königliches Kreis-Gericht.
1. Abtheilung.
Kommissarius für Bagatell-Sachen.

Bekanntmachung.

Durch Verfügung von heute ist in unser Handelsregister eingetragen worden:

A. in das Gesellschafts-Register ad No. 9 Colonne 4, die offene Handelsgesellschaft **A. Rægber & Schmidt** zu Thorn ist mit dem 5. Januar 1863 durch gegenseitige Uebereinkunft der Gesellschafter aufgelöst worden. Liquidatoren sind die bisherigen Gesellschafter Kaufleute **Albert Rægber** und **Carl Schmidt** zu Thorn.

B. in das Firmen-Register:
1) daß der Kaufmann **Albert Rægber** zu Thorn daselbst unter der Firma **Albert Rægber** ein Handelsgeschäft betreibt;
2) daß der Kaufmann **Carl Schmidt** zu Thorn daselbst unter der Firma **Carl Schmidt** ein Handelsgeschäft betreibt.

Thorn, den 5. Februar 1863.

Königliches Kreis-Gericht.
1. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Am 24. Februar cr.,
Vormittags 10 Uhr
soll auf dem hiesigen Rathhaushofe **eine Ziege** öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

Thorn, den 29. Januar 1863.

Königliches Kreis-Gericht.
1. Abtheilung.
Kommissarius für Bagatell-Sachen.

Bekanntmachung.

Zur Vermiethung der sogenannten Gewerbehalle im Rathhause auf 1 Jahr, vom 1. April 1863 bis dahin 1864, bei höherem Miethsgebote auch auf 3 Jahre, bis 1. April 1866, haben wir auf

Dienstag, den 17. Februar cr.,
Nachmittags 5 Uhr

in unserem Secretariate Termin anberaumt, und können die Bedingungen in der Registratur eingesehen werden. Ohne Caution von 25 Thlr. wird Niemand zum Gebot gelassen.

Thorn, den 6. Februar 1863.

Der Magistrat.

Berichtigung.*)

In No. 18 des Wochenblattes wird unter der Rubrik „Lokales" mitgetheilt, daß die Zahl der aus Polen innerhalb von acht Tagen in die Kreise Thorn, Strasburg und Inowraclaw übergetretenen Flüchtlinge nach annähernder Schätzung 1000 Personen beträgt, und es heißt weiter daselbst:

„Gutem Vernehmen nach hat das hiesige Kö-
„liche Landrathsamt täglich 50 bis 60 Auf-
„enthaltskarten ertheilt."

Ohne mich auf eine Erörterung über den ersten Theil dieser Mittheilungen einlassen zu wollen, finde ich mich veranlaßt, hiermit zu erklären, daß die Nachricht wegen der Ertheilung der Aufenthaltskarten jedes Grundes entbehre, da in den letzten 14 Tagen Aufenthaltskarten an Polnische Flüchtlinge hier überhaupt nicht, geschweige denn in der angegebenen Zahl, ertheilt worden sind.

Thorn, den 10. Februar 1863.

Der Königliche Landrath.
Steinmann.

*) Zu obiger Berichtigung haben wir zu bemerken, daß die betreffende Notiz unseres Blattes uns von einer durchaus glaubwürdigen Person mitgetheilt worden ist und wir keinen Anstand nehmen konnten, die Notiz zu veröffentlichen.
Die Redaktion.

Sonnabend, den 14. Februar:

Tanzvergnügen

Anfang 8 Uhr.
Die Damen werden von mir eingeladen.
G. Hildebrandt.

Vorschuß-Verein.
Generalversammlung

Montag, den 16. d. Mts. 8 Uhr im Schützenhause.
Tagesordnung: Dechargeertheilung pro 1862.
Herabsetzung des Zinsfußes.

Der Ausschuß.

Bekanntmachung.

Am 26. Februar d. J.
Vormittag 11 Uhr
sollen in Ostaszewo in der Wohnung des Einsassen **David Unrau 1 Schwein** und **2 Hocklinge** öffentlich meistbietend verkauft werden.

Thorn, den 31. Januar 1863.

Königliches Kreis-Gericht.
1. Abtheilung.

Visitenkarten-Portraits

berühmter Componisten und Musiker: als **Beethoven, Mozart, Haydn, Weber, Meyerbeer, Mendelssohn, Liszt, Paganini, R. Wagner** u. v. A. habe vorräthig oder liefere sie in wenig Tagen für den billigen Preis von 7½ Sgr.

Ernst Lambeck.

Ausverkauf.

Wegen Aufgabe des Geschäfts verkaufen die noch vorhandenen **Cigarren** und **Tabacke** zu auffallend billigen Preisen

Rumpel & Sternberg.

Dr. Hartung's Kräuter-Pomade (pr. Tiegel 10 Sgr.) zur Wiedererweckung u. Belebung des Haarwuchses,



und

Dr. Hartung's Chinarindenöl

(pr. Flasche 10 Sgr.) zur Conservirung und Verschönerung der Haare, können noch immer als die vorzüglichsten und wirksamsten unter allen bis jetzt erschienenen derartigen Mitteln mit Recht empfohlen werden, und ist der **solide Fortbestand** seit länger als einem Jahrzehnt der zuverlässigste Beweis für deren Güte und Zweckdienlichkeit.

☞ Das **alleinige** Depot für **Thorn** befindet sich unverändert bei **Ernst Lambeck** sowie für Briesen bei H. Donath.

Heute Abend
Grützwurst
bei **L. Menzel.**

Große Lünebr. Neunaugen, Ital. Maccaroni und Fadennudeln, neue Datteln, Feigen und Traubenrosinen, empfing und empfiehlt

Aug. Kahle.

Bestellungen auf die in 8 Tagen erscheinenden Stenographischen Berichte d. Preuß. Abgeordnetenhauses über die

Adreß-Debatte

am 27., 28. und 29. Januar 1863.

8°. Preis 10 Sgr., nimmt entgegen *Ernst Lambeck.*

Badische Eisenbahn-Loose

Ziehung am 28. Februar.

Hauptgewinne des Anlehens sind:
14 mal F. 50,000 — 54 mal F. 40,000 — 12 mal F. 35,000 — 23 mal F. 15,000 — 55 mal F. 10,000 — 40 mal F. 5000 — 58 mal F. 4000 — 366 mal F. 2000 — 1934 mal F. 1000 — 1770 mal F. 250 rc. rc.

Der geringste Preis, den **mindestens jedes** Loos erzielen muß, ist **F. 48.** —

Der Verkauf dieser Staats-Anlehensloose ist im Königreich Preußen gesetzlich erlaubt. Es werden bei unterzeichnetem Handlungshaus die günstigsten Zahlungsbedingungen gestellt und kann man sich den ganzen Gewinn schon mit einer Anzahlung von 2 Thlr. pr. Loos, Thlr. 10 — pr. 6 Loose bei obengenannter Ziehung sichern. Pläne werden **Jedermann** auf Verlangen **gratis und franco** übersandt, ebenso Ziehungslisten gleich nach der Ziehung und die reellste Bedienung zugesichert durch

das Staats-Effecten-Geschäft
Jacob Lindheimer junior
in Frankfurt a/M.

Ein bis zwei Lehrlinge sucht
J. Sellner, Maler.

Marktbericht.

Danzig, den 10. Februar.

Getreide-Börse: Stimmung des heutigen Marktes für Weizen ziemlich fest, Umsatz 65 Lasten.

Berlin, den 8. Februar.

Weizen loco nach Qualität 60—73.
Roggen loco per 2000 pfd. nach Qualität per Februar $45\frac{1}{4}$—$\frac{1}{2}$ bez.
Gerste loco nach Qualität 32—39 thlr.

Agio des Russischen-Polnischen Geldes. Polnisch Papier $11\frac{2}{3}$ pCt. Russisch Papier $11\frac{1}{3}$ pCt. Klein-Courant $9\frac{1}{2}$ pCt. Groß-Courant 9 pCt. Alt-Kopeken 8 bis $7\frac{1}{2}$ pCt. Neue Kopeken 12 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Silberrubel 8 bis $8\frac{1}{2}$ pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 10. Februar. Temp. Kälte: 2 Grad. Luftdruck: 28 Zoll 7 Strich. Wasserstand: 2 Fuß.
Den 11. Februar. Temp. Kälte: 1 Grad. Luftdruck: 28 Zoll 11 Strich. Wasserstand: 2 Fuß.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck.** — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei.